

Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

**zu der ersten Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksache 16/2572 –**

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf der Grundlage der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 11. August 2006 einigte sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig auf die Resolution 1701 (2006). Durch sie konnte Generalsekretär Kofi Annan, unterstützt von deutschen und internationalen diplomatischen Bemühungen, mit der israelischen und libanesischen Regierung eine Vereinbarung über eine Waffenruhe treffen, die von den Konfliktparteien weitgehend eingehalten wird. Im Kern erteilt die Resolution den seit 1978 im Südlibanon stationierten UNIFIL-Truppen ein erweitertes und gestärktes Mandat, das eine Aufstockung von 2 000 auf bis zu 15 000 Mann vorsieht. Die UNIFIL (Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon) soll nun sicherstellen, dass die Waffenruhe eingehalten wird, von ihrem Einsatzgebiet keine feindlichen Aktivitäten ausgehen und die libanesischen Regierung alle nötigen Maßnahmen ergreifen kann, um ihre uneingeschränkte Hoheitsgewalt über das gesamte libanesischen Staatsgebiet auszuüben.

Die Beschlüsse der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, des G8-Gipfels der Libanon-Konferenz in Rom und der Geberkonferenz in Stockholm zeigen, dass die internationale Gemeinschaft zu einer politischen Lösung des Konflikts beitragen will. Zur Stabilisierung des fragilen Friedens im Libanon kommt es darauf an, dass alle Parteien die in der Resolution 1701 (2006) erhobenen Forderungen des Sicherheitsrates, die sich auch auf die Resolutionen 1559 (2004) und 1680 (2006) beziehen, rasch umsetzen. Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen beschloss am 25. August 2006 in Brüssel, zur Umsetzung der Resolution 1701 (2006) bis zu 7 000 Soldaten zu stellen. Damit kommt den Ländern der Europäischen Union eine führende Rolle im Rahmen der UNIFIL zu.

Deutschland hat ein klares Interesse an der Stabilität seiner Nachbarregion und an der Sicherung der Existenz Israels. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass sich Deutschland daher an der UNIFIL insbesondere mit starken Marineeinheiten zur Aufklärung und Überwachung des Seegebiets vor der libanesischen

Küste und damit zur Unterbindung von Waffenschmuggel substantiell beteiligt. Deutschland leistet auch zivile Unterstützung des Libanon durch Ausrüstungshilfe und Beratung. Der Deutsche Bundestag unterstützt zudem die Anstrengungen der Bundesregierung, sich am Wiederaufbau des Libanon vor allem durch bessere Wasserversorgung, Ersatz von zerstörten Brücken und die Bekämpfung des Ölteppichs vor der Küste zu beteiligen. Der Deutsche Bundestag unterstützt darüber hinaus alle Maßnahmen zur Stärkung der staatlichen Strukturen.

Um einen dauerhaften und stabilen Frieden im Nahen Osten zu erlangen, reichen militärische und polizeiliche Maßnahmen nicht aus. Seine Konflikte lassen sich nur durch politische Verhandlungen lösen. Die Region benötigt dringend neue Friedensimpulse. Der Deutsche Bundestag ist davon überzeugt, dass ein dauerhafter Frieden in der Region nur möglich ist, wenn der Libanon in die Lage versetzt wird, seine volle innere und äußere Souveränität auszuüben, Israel auf Dauer in Sicherheit leben kann, die Palästinenser einen eigenen lebensfähigen Staat bekommen und die Territorial- und Grenzfragen geklärt werden können.

Eine Rückkehr zum Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern und zur Umsetzung der sog. Road Map ist zwingend geboten. Gewaltverzicht, die Anerkennung des Existenzrechts Israels und die Respektierung der bisher im Friedensprozess getroffenen Vereinbarungen müssen auch von der Hamas erfüllt werden. Eine Neubelebung des Friedensprozesses ist in enger Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern wie dem sog. Quartett und den Ländern der Region zu entwickeln. Dazu gehören auch die Anstrengungen der Bundesregierung, nicht nur die kooperativen Länder wie Ägypten und Jordanien, sondern auch schwierige wie etwa Syrien in die diplomatischen Aktivitäten einzubeziehen. Eine unverzichtbare Grundlage für einen solchen Dialog ist der konsequente Verzicht auf Terror und Gewalt und der erkennbare politische Wille der Beteiligten zum friedlichen Ausgleich regionaler Interessensunterschiede.

Deutschland hat ein elementares Interesse daran, dass die Region des Nahen Ostens befriedet und stabilisiert wird. Deshalb unterstützt der Deutsche Bundestag alle Bemühungen der Bundesregierung, einen umfassenden Dialog über einen nachhaltigen Frieden in der Region auf den Weg zu bringen.

Berlin, den 18. September 2006

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion